

LEITANTRAG

DIE GRÜN-ROTE LANDESREGIERUNG SCHWÄCHT DEN HOCHSCHULSTANDORT BADEN-WÜRTTEMBERG

A. VS – Ohne mich!

Eines der zentralen Themen, das die Arbeit des RCDS Baden-Württemberg in den vergangenen Monaten beschäftigt hat, ist die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft (VS) durch die Grün-Rote Landesregierung. Mit Inkrafttreten des Gesetzes „zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung“ (VerfStudG) am 14. Juli 2012 ist die „Ausgrabung“ eines Relikts aus den 70er Jahren abgeschlossen. Eine differenzierte Kritik des RCDS Baden-Württemberg behandelt in diesem Thema drei Bereiche: Den Ablauf der Einführung der VS, die Planungen für die Umsetzung an den einzelnen Hochschulen und nach wie vor an die Inhalte des Gesetzes an sich.

Während der Anhörungen zu dem Vorhaben der Landesregierung, im Speziellen der Wissenschaftsministerin Theresia Bauer von den Grünen zur Einführung der VS, wurde konstruktive Kritik seitens CDU und RCDS fortwährend ignoriert. Die selbst ernannte „Bürgerregierung“ ließ Mitarbeit und Änderungsvorschläge unbeachtet. Sogar der vom RCDS landesweit geschalteten Kampagne (www.vs-ohne-mich.de), die mehr Resonanz als jene des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst (MWK) erhielt, wurde ausgewichen. Sämtliche Kommentare auf der Webseite des Ministeriums zeigten das negative Stimmungsbild gegenüber dem Vorhaben der Wiedereinführung. Auch die Forderung nach einer Urabstimmung an jeder Hochschule, ob die VS überhaupt eingeführt werden soll oder nicht, wurde abgelehnt. Hier zeigt sich, dass die „Politik des Gehörtwerdens“ weghört, wenn Meinungen nicht ihren Vorstellungen entsprechen.

Schwere Vorwürfe erhebt der RCDS zu der Aussage, die Einführung der VS werde es, wie propagiert wurde, für Studenten zum Nulltarif geben. Der RCDS fordert, das MWK auf, zu bekennen, dass die Einführung der VS horrenden Summen kosten wird. Darüber hinaus darf nicht weiter kaschiert werden, dass die Studenten für diese Kosten selbst aufkommen müssen: Nicht zuletzt werden anfallende Mieten, Aufwandsentschädigungen und Gehälter für angestelltes Personal nämlich erstmals direkt von den Studenten gezahlt. So wird die ideologisch motivierte Abschaffung der Studienbeiträge zum Sommersemester 2012 nachträglich finanziert!

Die Umsetzung an den einzelnen Hochschulen gestaltete sich schließlich äußerst problematisch: Mit der Verabschiedung des Gesetzes begann die Kernarbeit für alle Studentenvertreter, um die Konstituierung der jeweiligen VS vor Ort in die Wege zu leiten. Spätestens hier fiel allen hochschulpolitischen Gruppen, nicht nur dem RCDS, auf, wie unausgereift und mangelhaft das VerfStudG tatsächlich ist. Da die bisherige Form der Studentenvertretung von Hochschule zu Hochschule variiert, ist ein gewisser Freiraum zur Ausarbeitung der Organisationssatzung der VS unumgänglich und dringend erforderlich. Gezielte Freiräume sind aber nicht gleichbedeutend mit willkürlich verteilten Leerformeln, die zwar die grundlegenden Ideen zum Ausdruck bringen, die Studenten aber bei der Umsetzung in einer Organisationssatzung im Stich lassen. Genannt seien hier beispielhaft die Einrichtung einer Schlichtungskommission (§ 65a Abs. 9 Landeshochschulgesetz) oder die Aufgabe der VS, Gleichstellung zu fördern und Benachteiligungen innerhalb der Studentenschaft abzubauen (§ 65 Abs. 2 Gliederungspunkt 4 Landeshochschulgesetz).

Nach wie vor kritisiert der RCDS zentrale Problempunkte der VS, wie sie die Grün-Rote Landesregierung eingeführt hat: Die studentische Mitbestimmung wurde in keiner Weise gestärkt. Zwar wurde Verantwortung von den Hochschulen auf Studentenvertreter übertragen; die Kompetenz der VS geht trotzdem weiterhin nicht über die Möglichkeit zur hochschulinternen Stellungnahme und Antragstellung hinaus. Bedauerlich ist zudem, dass die VS als Vereinigung der Studenten durch Zwangsmitgliedschaft und Zwangsbeiträge organisiert ist. Der RCDS fordert hier die grundsätzliche Möglichkeit zum Austritt. Der RCDS lehnt ein allgemeinpolitisches Mandat der VS ab und verweist auf das entsprechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

Somit ist klar: Die Wiedereinführung der VS unter der Grün-Roten Landesregierung kommt einem Desaster gleich. Wissenschaftsministerin Bauer kann alles andere als zufrieden sein. Der RCDS sieht Nachbesserungen im VerfStudG als unumgänglich. Noch stehen die

Hochschulen am Anfang der Umsetzung. Welche Probleme es außerdem gibt, wird sich erst noch zeigen.¹

B. In richtiger Form auf die Folgen steigender Studentenzahlen reagieren

Studenten absolut	WS 06/07	WS 07/08	WS 08/09	WS 09/10	WS 10/11	WS 11/12
<i>Deutschland</i>	1.979.043	1.941.405	2.025.307	2.121.178	2.217.294	2.380.974
<i>Baden-Württemberg</i>	244.618	245.143	233.452	261.324	277.367	290.286
Studienanfänger						
<i>Deutschland</i>	294.946	313.540	345.625	369.273	386.921	445.320
<i>Baden-Württemberg</i>	39.254	39.344	51.720	55.852	57.872	66.837

Seit 2006 ist die Zahl der Studienanfänger in Baden-Württemberg bis 2011 um über 70 % gestiegen. Wir liegen damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt (50 %). Auch die absolute Zahl der Studenten erhöhte sich um 18 % auf einen Rekordwert von über 290.000. Der erste große Ansturm der Studienanfänger konnte in unserem Bundesland vor allem durch die gute Planung an den Hochschulen und die vom Bund zugesicherten Mittel für jeden neuen Studienplatz bewältigt werden. Das „Hochplateau“² ist entgegen der Meinung des MWK auch nach Schätzungen des Centrums für Hochschulentwicklung (CHE) aber noch lange nicht erreicht.³ Weitere bevölkerungsreiche Bundesländer schicken im kommenden Jahr doppelte Abiturjahrgänge auf unsere Hochschulen, darunter Nordrhein-Westfalen und Hessen⁴. Die Anstrengungen aller Beteiligten, auch diesen Abiturienten einen Studienplatz zur Verfügung zu stellen und insbesondere in naturwissenschaftlichen Fächern dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, dürfen daher nicht beendet werden! Der Flickenteppich, den das MWK mit seinen zahlreichen Programmen zurzeit über Baden-Württembergs Hochschulen

¹ Verwendete Quellen:

Gesetz zur Einführung einer Verfassten Studierendenschaft und zur Stärkung der akademischen Weiterbildung. (Stand: 10.07.2012).

<http://mwk.baden-wuerttemberg.de/hochschulen/verfasste-studierendenschaft/haeufig-gestellte-fragen/> (Stand: 11.11.2012).

<http://www.cdu-bw.de/aktuelles/presse/presse-detail/artikel/gesetzentwurf-zur-einfuehrung-einer-verfassten-studierendenschaft-weist-gravierende-schwaechen-auf.html> (Stand: 11.11.2012).

<http://www.vs-ohne-mich.de/index.php?page=startseite> (Stand: 11.11.2012).

² Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst: Semesterauftakt: Hochplateau erreicht; PM 27.09.12

³ Centrum für Hochschulentwicklung: Modellrechnung zur Entwicklung der Studienanfängerzahlen in Deutschland; Februar 2012

⁴ Trotz der „Etapplösung“ in Hessen werden 2013 60 % der Schulen doppelte Jahrgänge haben - kmk.org

ausbreitet, packt die Probleme nicht an ihrer Wurzel, sondern überdeckt sie lediglich und versucht stets nur den akademischen Betrieb irgendwie am Laufen zu halten, ohne Nachhaltigkeit zu schaffen.

Ausreichend Studienplätze – auch für Master!

Ab 2013 fehlen jedes Jahr bis zu 7.000 Masterplätze in Baden-Württemberg.⁵ Die ersten starken Bachelorjahrgänge beenden in den kommenden Semestern ihr Studium. Viele von ihnen, insbesondere in naturwissenschaftlichen Studiengängen, werden ein Masterstudium aufnehmen wollen. Der Mangel an Plätzen hat in diesem Semester schon fatale Auswirkungen gezeigt: Nach langen Diskussionen und der Bereiterklärung einiger Studenten selbst für ihren Master-Studienplatz aufzukommen, konnte in Heidelberg für Biotechnologie-Bachelor ein „Notfall-Topf“ geschaffen werden, der 20 weitere Masterplätze übergangsweise für ein Jahr schafft. Danach ist das Geld zu Ende. Dies ist nur ein Beispiel für den Mangel an konsekutiven Studienplätzen. Durch die wachsende Zahl an Studienanfängern werden die Mittel der Hochschulen in erster Linie für die Schaffung der Bachelor-Plätze verwendet. Es kommt zu einem Missverhältnis von Bachelor- und Masterplätzen. Die Ziele von G8 und Bologna drohen jetzt durch Wartezeiten, die Bachelor-Absolventen auf sich nehmen müssen, pervertiert zu werden.

Der RCDS Baden-Württemberg fordert: Es müssen zügig mehr Masterplätze in unserem Bundesland geschaffen werden. Wer die Zahl der Studienanfänger im Bachelor in fünf Jahren um 70 % erhöht, muss auch für eine entsprechende Versorgung mit Masterplätzen sorgen. Auch wenn der Bachelor ein berufsqualifizierender Abschluss ist, können wir es uns nicht leisten, gute bis sehr gute Absolventen aufgrund mangelnder finanzieller Mittel und Plätze abzuweisen und womöglich in andere Bundesländer abwandern zu lassen. Selbst die Ministerin hat erkannt, dass eine Knappheit an Plätzen besteht und die Masterstudiengänge ihre Auslastungsgrenze erreicht bzw. überschritten haben, z.B. Mannheim mit einer Auslastung von 145 %.⁶ Ihr Plan, statt Bachelor-Plätzen nun 6.000 neue Masterplätze zu schaffen,⁷ ist allerdings ein Tropfen auf den heißen Stein und wird schon 2013 das Problem nicht lösen. Auch eine Berücksichtigung der Finanzierung von Masterplätzen in der nächsten Phase des Hochschulpaktes 2015 ist viel zu vage und zu spät. Wir fordern den zügigen und

⁵ <http://www.mastermap.de/news/artikel/in-baden-wuerttemberg-fehlen-master-studienplaetze/> (Stand: 13.11.2012).

⁶ <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/Das-Master-Problem;art4306,1558780> (Stand: 13.11.2012).

⁷ MWK: Semesterauftakt: Hochplateau erreicht; PM 27.11.12

verstärkten Ausbau der Masterplätze anhand realistischer Schätzungen über zukünftige Bewerber. Sonst verschieben wir die mit den steigenden Studentenzahlen verbundenen Probleme lediglich auf einen späteren Zeitpunkt der Ausbildung.

Ein geschaffener Studienplatz ist ohne einen Schlafplatz nichts wert!

Ein Studienplatz allein hilft noch keinem Abiturienten, wenn in den beliebten Unistädten kein bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht. Von Mannheim bis Konstanz ist zu beobachten, dass es an ebendiesem mangelt oder dass die Mieten ins Unermessliche steigen und Investoren am Leid der Studenten zu verdienen versuchen. Die Landesregierung wurde an dieser Stelle schlicht und einfach überrumpelt und brüstet sich jetzt mit Infrastruktur-Investitionen von 182 Mio. Euro in den kommenden fünf Jahren.⁸ Da ein Studenten-Wohnheim aber nicht von heute auf morgen gebaut werden kann, wird das Geld dem Großteil der Uni-Neuankömmlinge gar nicht mehr helfen können. Zahlreiche private Initiativen versuchen nun die Studenten bei der Zimmersuche zu unterstützen.

Der RCDS Baden-Württemberg fordert: Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für Studenten muss oberste Priorität haben! Die im Bau befindlichen oder geplanten 3.500 neuen Wohnheimplätze⁹ können nur noch als Ironie betrachtet werden, wenn sich allein in Heidelberg 3.000 Studenten dieses Jahr erfolglos um einen Platz bemüht haben.¹⁰ Die Landesmittel müssen als Soforthilfe in besonders betroffene Städte wie Karlsruhe oder Heidelberg fließen und nicht für langfristige Projekte verplant werden. Die Landesregierung muss für rasche Abhilfe sorgen und darf sich nicht hinter Rohbauten verstecken.

Zentrales Studienplatzvergabesystem: Eigene Baden-Württemberger Lösung unumgänglich!

Studenten bewerben sich heutzutage an Dutzenden Universitäten, um sicher zu sein am Ende auf jeden Fall einen Platz zu bekommen. Hat ein Student sich für einen Platz entschieden, sagt er den anderen Hochschulen in der Regel nicht ab. Der Verfahrensaufwand für die Hochschulen ist riesig und bundesweit bleiben jedes Jahr tausende von Studienplätzen aufgrund des mangelhaften Vergabesystems unbesetzt. Die steigenden

⁸ MWK: Baden-Württemberg spitze beim Bau von Studenten-Wohnheimen; PM 27.11.12

⁹ MWK: Baden-Württemberg spitze beim Bau von Studenten-Wohnheimen; PM 27.11.12

¹⁰ <http://www.badische-zeitung.de/suedwest-1/wohnungsnot-von-studenten-zimmersuche-auf-broetchentueten--64655001.html> (Stand: 13.11.2012).

Zahlen an Bewerbungen stellen die Hochschulen vor wahnwitzige Herausforderungen. Studienbüros sind zum Teil für Wochen nur noch gering oder gar nicht mehr besetzt. Das bundesweite Hochschulzulassungssystem, welches der RCDS Baden-Württemberg schon seit langem fordert¹¹, ist trotz Anschubfinanzierung in Millionenhöhe immer noch nicht umgesetzt.

Der RCDS Baden-Württemberg fordert die Einführung eines landesweiten Hochschulzulassungssystems. Unser Bundesland leidet am meisten unter der Unfähigkeit der Beteiligten. Die ineffiziente Verteilung der Plätze ist vor dem Hintergrund der steigenden Studentenzahlen nicht länger hinzunehmen. Die für dieses Jahr geplante bundesweite Einführung des Systems ist abermals verschoben worden. Die Landesregierung muss, statt untätig dem Geschehen zu folgen, selbst das Heft in die Hand nehmen und eine eigene Lösung für die weiter steigenden Bewerberzahlen in unserem Bundesland entwickeln.

C. Abschaffung der Studienbeiträge

Eines der wichtigsten hochschulpolitischen Themen der letzten Jahre waren in Baden-Württemberg die Abschaffung der Studienbeiträge, die im Wahlprogramm von Bündnis90/Die Grünen aufgegriffen wurde¹² und in Form des Studiengebührenabschaffungsgesetzes (StuGebAbschG) am 31.12.2011 in Kraft getreten ist. Das StuGebAbschG sieht in Artikel 1 vor, dass die Studienbeiträge in Baden-Württemberg mit Ende des Wintersemesters 2011/2012 abgeschafft werden. An ihre Stelle sollen nach Artikel 3 StuGebAbschG sogenannte Qualitätssicherungsmittel in Höhe von 280 Euro pro Student pro Semester treten.

In ihrem Wahlprogramm haben die Grünen den Hochschulen versprochen, dass sie „aus Landesmitteln verlässlich finanziellen Ersatz“ erhalten werden. Diesem Versprechen können die Qualitätssicherungsmittel nun allerdings nicht standhalten.

Zwar entsprechen die Qualitätssicherungsmittel im laufenden Jahr in ihrer Höhe in etwa den Studienbeiträgen, die die Hochschulen 2011 einnehmen konnten, allerdings sind die Studentenzahlen in diesem Jahr insbesondere durch die doppelten Abiturjahrgänge stark gestiegen; in den nächsten Jahren wird ein weiterer Anstieg der Studentenzahlen erwartet. Da sich die Kompensationszahlungen nicht wie die Studienbeiträge an den tatsächlichen

¹¹ Leitantrag zur Landesdelegiertenversammlung des RCDS Baden-Württemberg 2011

¹² Vgl. Landtagswahlprogramm 2011 Bündnis 90/Die Grünen BW, S. 137.

Studentenzahlen orientieren, sondern immer nur an bereits veralteten Daten,¹³ werden die pro Kopf zur Verfügung stehenden Mittel deutlich sinken. Damit werden im schlimmsten Fall zusätzliche Lehrangebote, die seit 2007 eingeführt wurden, entfallen.

Zudem ist herauszustellen, dass die Qualitätssicherungsmittel sich über den Landeshaushalt finanzieren. Umso erschreckender erscheint es für Studenten, dass dieser Haushalt für die nächsten drei Jahre eine strukturelle Unterdeckung von mehr als 2 Milliarden€ jährlich aufweist. Es ist also zu erwarten, dass diese Mittel, sollte es zu einer Konsolidierungsphase kommen, zur Disposition stehen. Der RCDS warnt das MWK eindringlich davor, die Qualitätssicherungsmittel während der Verhandlungen mit dem Finanzministerium, zu Lasten der Lehre und der Hochschulen zu verringern, geschweige denn zu streichen.

Durch Studienbeiträge lässt sich – und hierauf weisen wir nochmals explizit hin – die Hochschulfinanzierung gerechter gestalten. Sie stellen sicher, dass zumindest ein Teil der anfallenden Kosten nicht aus dem allgemeinen Steueraufkommen, sondern von den Studenten getragen wird. Will man die Studenten finanziell nicht belasten, können die von uns immer wieder vorgeschlagenen nachgelagerten Studienbeiträge eine interessante Alternative darstellen. Dies würde bedeuten, dass die Beiträge nicht während des Studiums, sondern erst nach seinem Abschluss gezahlt werden müssen. Dieses Modell wird z. B. in Australien in Form des „Higher Education Contribution Scheme“ seit Jahren erfolgreich praktiziert, wobei die Rückzahlungsmodalitäten ans Einkommen gekoppelt sind und die Studienbeiträge als ein Aufschlag auf die Einkommenssteuer bezahlt werden.

Der RCDS Baden-Württemberg hält die Qualitätssicherungsmittel in ihrer jetzigen Form als Kompensation für den Wegfall der Studienbeiträge für unzureichend. Wir fordern die Landesregierung auf, Klarheit und Planungssicherheit an unseren Hochschulen zu schaffen.

D. Die Entscheidungskompetenz der Hochschulräte darf nicht beschnitten werden

Die Grün-rote Landesregierung will ihre Ankündigung aus der Koalitionsvereinbarung umsetzen die Hochschulräte zu reinen Beratergremien umzuwidmen und damit jegliche Entscheidungskompetenz zu entziehen. Dies wäre ein fatales Signal bezüglich der Vernetzung zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft und ein Rückschritt in der baden-württembergischen Hochschulpolitik.

¹³ Dies ist der Tatsache geschuldet, dass das StuGebAbschG lediglich einmal jährlich eine Benachrichtigung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vorsieht.

Laut einer Umfrage des baden-württembergischen Industrie- und Handelskammertages würden nur 10 Prozent der Hochschulräte ihr Engagement fortsetzen. Die Tatsache, dass renommierte Persönlichkeiten aus der Wirtschaft über die strategische Ausrichtung der Hochschulen mitentscheiden, ist gerade in Zeiten des Fachkräftemangels wichtig. Die Kompetenz und das Fachwissen hochkarätiger Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Gesellschaft sind für unsere Hochschulen unersetzlich. Dieses Wissen ist von zentraler Bedeutung, um den Studenten bestmögliche Startbedingungen für den Einstieg ins Berufsleben zu bieten und den Unternehmen auf der anderen Seite einen Pool an qualitativ hervorragend Fachkräften bereitzustellen. Wichtigste Gründe für ein Engagement im Hochschulrat sind das Interesse an einer wirtschaftsnahen Ausbildung des Fachkräftenachwuchses, sowie die Förderung des regionalen Wirtschaftsstandorts und die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung.

Der RCDS fordert das MWK dazu auf, die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen nicht leichtfertig und aus rein ideologisch ohne nachvollziehbare Gründe aufs Spiel zu setzen. Es braucht ein klares Bekenntnis zur Einbindung externen Sachverstands in die Hochschulverwaltung und -entwicklung und zur Stärkung der Eigenständigkeit der Hochschule. Aus diesem Grund fordern wir die Landesregierung auf, von der geplanten Umwidmung der Hochschulräte in reine Beratergremien ohne Entscheidungskompetenzen Abstand zu nehmen.

E. Exzellenzuni in Baden-Württemberg

„Wir können alles außer Hochdeutsch“ lautet der derzeitige Werbeslogan des Landes Baden-Württemberg. „Wir können zwar kein Hochdeutsch, aber Wissenschaft“ könnte er vielleicht in Zukunft lauten. Denn erneut ist das Land Baden-Württemberg als Sieger aus der Exzellenzinitiative des Bundes und der Länder hervorgegangen. Nach insgesamt 22 erfolgreichen Anträgen landesweit – darunter zwölf Graduiertenschulen, sieben Exzellenzcluster und drei Zukunftskonzepte – dürfen sich nun drei baden-württembergische Universitäten mit dem Titel „Exzellenzuniversität“ schmücken. Neben der bereits 2006 prämierten Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und der Universität Konstanz wurde nun auch die Eberhard-Karls-Universität Tübingen in die Förderung aufgenommen.

Um den Status einer Eliteuniversität zu erreichen, müssen sich Universitäten in drei Bereichen bewerben: Erst nach erfolgreicher Bewerbung im Bereich der Graduiertenschulen und der Cluster wird das Zukunftskonzept der Universität selbst ausführlich geprüft. Am Ende

dieses Prozesses erhalten die ausgewählten Universitäten dann die Förderung. In der ersten von 2006 bis 2011 währenden Runde gewährten Bund und Länder insgesamt rund 1,9 Milliarden Euro; von 2012 bis 2017 gilt es, 2,7 Milliarden Euro unter den Universitäten zu verteilen.

Dass Baden-Württemberg sich mit drei Exzellenzuniversitäten erneut als Wissenschaftsstandort beweisen konnte, ist außerordentlich positiv zu bewerten. Doch die Verlierer des Wettbewerbs dürfen nicht in Vergessenheit geraten: Die Anträge der baden-württembergischen Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) konnten keinen Erfolg verzeichnen. Weshalb die Anträge, trotz der Zusammenarbeit mit der außeruniversitären Forschung seitens des KIT und trotz des Erfolges im Bereich der Cluster und der Graduiertenschulen des Zukunftskonzepts seitens der Universität Freiburg, scheiterten, bleibt unklar.

Während verschiedene linke Studentenvereinigungen das Auswahlverfahren kritisieren, fordert der RCDS Baden-Württemberg eine umfangreiche und transparente Aufklärung darüber, weshalb die Universität Freiburg und das KIT nicht mehr in die Riege der Exzellenzuniversitäten aufgenommen wurden. Darüber hinaus fordern wir Auskunft darüber, wie die Landesregierung die fehlenden Elitemittel nun in concreto kompensieren will.